

Die beiden Regierungen zur Lage.

Eine Unterredung mit Ebert.

Stuttgart, 16. März. Reichspräsident Ebert hatte eine Unterredung mit einem Vertreter des W. T. B. und sagte: Von einer Verhandlung mit den eiderischen Verfassungskomitee kann keine Rede sein. Ihr Wort findet keinerlei Vertrauen. Dem General Groener habe ich das in der Presse veröffentlichte Telegramm übermitteln, in dem ich mitteile, daß ich ihn zu einer mündlichen Besprechung erwarte. Bisher ist er noch nicht eingetroffen. General Maercker hatte von uns keinen Auftrag zu Verhandlungen mit den Berliner Verfassungskomitee. Wir hatten ihm vielmehr gesagt, daß es bei unserer Erklärung auf das Ultimatum abzuwarten gelte. Den Vertretern der Koalitionsparteien haben wir mitgeteilt, daß wir auf dem bedingungslossten Rücktritt der Staatsräuber bestanden müßten. Von Berlin hat sich heute eine Abordnung von Politikern, die denen sich auch General Maercker befindet, hierher begeben. Bis zur Stunde, 1 1/2 Uhr nachmittags, ist sie noch nicht eingetroffen.

Die Lage im Reich gestalter sich immer mehr zu unseren Gunsten. Württemberg steht fest zu uns, ebenso Baden, Bayern, Hessen, sowie Sachsen und das ganze Nordwestdeutschland. Alle stehen sie auf dem Boden der Reichsverfassung und halten treu zu uns. Nur in Ostpreußen können die Staatsräuber bisher einigen Anhang verzeichnen. Dieser Anhang rekrutiert sich aus der alten preussischen Reaktion. In Süddeutschland herrscht in allen Kreisen darüber große Empörung, ebenso noch den auszugetragenen Reaktionen im Rheinlande und Westfalen. Wenn es durch das Vorgehen der Staatsräuber in mehreren Orten zu Gewalttaten und Zusammenstößen kommt, das die Reichsverfassung schwer erschüttert und die Ernährungsgefährdung durch die Verantwortung dafür die Politikern. Den General v. Püttwitsch habe ich vor der Ausführung seines wahrungswürdigen Planes auf nachdrückliche Weise auf dessen Aufmerksamkeit gemacht.

Die Nationalversammlung wird vorläufig in Stuttgart bleiben; ebenso wird der Reichstag hier zusammenzutreten. Die Deutschnationalen werden sich wohl fernhalten. Dagegen sind schon mehrere Unabhängige hier. Unser Ziel ist die Sicherstellung der Verfassung, schnelle Wiederherstellung der Reichsverfassung und der öffentlichen Sicherheit. Wir müssen darauf bestehen, daß die rebellischen Truppen aus Berlin zurückgezogen und aufgelöst werden. Es zeigt sich jetzt klar, daß die seit Wochen betriebene Hebe der Deutschnationalen auf den Sturz der Verfassung (1) und der Demokratie gerichtet war. Demokratie oder militärische Reaktion, das ist die Frage. Ich zweifle keinen Augenblick, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes zur Demokratie steht.

Es ist in höchstem Maße verwunderlich, mit welchem Recht der Reichspräsident behaupten kann, die Deutschnationalen hätten auf den Sturz der Verfassung und der Demokratie hingewirkt. Wenn die Rechtsparteien auf die Auflösung der Nationalversammlung hin gearbeitet haben, so ist es doch nur, um einen Verfassungsverstoß der Regierung zu verhindern und nach dem demokratischen Grundsatze den Volkswillen zur Geltung zu bringen. Daß die Rechtsparteien unerschütterlich an der Verfassung festhalten, sehen erneut die innigen Parteizusammenhänge.

Reichsminister Koch über die Lage Skapps.

Die kaiserliche Staatskanzlei teilt mit: Reichsminister des Innern Koch hat aus Stuttgart folgendes Telegramm an das Reichskanzleramt in Dresden gerichtet: Kapp hat Zusammenbruch. Sein Einfluß nur noch auf Teile Berlins beschränkt. Kapp hat durch seine Verwirrungen Unabwägliche an sich zu ziehen. Verhandlungen von Verhandlungen zwischen ihm und der verfassungsmäßigen Reichsregierung erfolgen. Reichswehr im ganzen Westen und Süden, sowie in Sachsen (von Nationalparlamentarierabgeordnete sollen sofort nach Stuttgart kommen).

Roske über die Lage.

(Trautmannsdorff'sche Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Der Reichswehrminister Roske empfing heute in den Vormittagsstunden Pressevertreter, mit denen er über die Lage sprach. Nach Roskes Meinung werde es der Regierung möglich sein, in sechs bis acht Tagen wieder in Berlin einzuziehen, ohne daß

Frankfurt a. M., 16. März.

Seit Sonnabend haben sich keine weiteren Zwischenfälle in Frankfurt ereignet. Die letzten Reichswehrtruppen verlassen heute früh Frankfurt.

Oldenburg, 16. März.

Die Detachierten, Unteroffiziere und Mannschaften der Marinestation der Nordsee haben der Oldenburgischen Staatsregierung telegraphisch mitgeteilt, daß sie unerschütterlich zur verfassungsmäßigen Reichsregierung stehen. (W. T. B.)

Rhein, 16. März.

An einer Kundgebung der Kölner Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die Berliner Vorgänge nahmen über 100.000 Mitglieder der freien, der christlichen und kirchlich-dunkelhaften Gewerkschaften teil. Der Ehrenabzeichenverleiher wurde mittags eingestrichelt. Die Kölner Handelskammer nahm ebenfalls gegen die Vorfälle in Berlin Stellung, ebenso die Kölner Stadtverordneten-Versammlung. (W. T. B.)

Hamburg, 16. März.

Hamburg ist wieder unter der alten Regierung. Der Garnisonälteste, v. Wangenheim, der den Umsturz herbeigeführt hatte, ist geflohen. Nur regierungstreue Truppen befinden sich in dem Gebiete von Groß-Hamburg. Der Senat erläßt eine entsprechende Bekanntmachung und kündigt danach die Aufforderung, zur Arbeit sofort zurückzukehren.

Minister Giesberts fehlt in Stuttgart.

Stuttgart, 16. März. Präsident Ebert ist mit den Ministern hier eingetroffen. Es fehlt Minister Giesberts, über dessen Verbleib von Dresden aus Nachforschungen angesetzt werden sollen. In Stuttgart ist auch Schreibmann eingetroffen.

Das Abstimmungsergebnis in Schleswig.

Hensbarn, 16. März. Vom Ergebnis der Abstimmung stehen nur noch drei Ortsteile aus, die jedoch am Ergebnis nicht viel ändern werden, da sie zusammen nur 100 Stimmen ausmachen. An abwesenden Stimmen sind festgestellt worden 5148 für Deutschland und 18029 für Dänemark. Eine dänische Mehrheit haben nur die Ortsteile Götina, wo 29 deutsche und 34 dänische Stimmen abgegeben wurden. Ketersen mit 88 deutschen und 41 dänischen und Bau mit 107 deutschen und 227 dänischen Stimmen zu verzeichnen. An letzterer Ortsteil sind anerkennend jedoch die Stimmen von der ersten Rone mitgerechnet worden, da der ganze Ort in der zweiten Rone nur mit 24 Stimmen vertrieben ist.

Eine neue französische Sozialistenpartei.

Paris, 16. März. Die auch den Sozialistenkongress in Straßburg ausgetragenen Sozialdemokraten haben eine neue Partei gegründet, die sich französische Sozialistische Partei nennt. Sie bleibt den Theorien des französischen Sozialismus treu und schließt sich der zweiten Internationale an unter der Voraussetzung, daß die deutschen Arbeitssocialisten aus ihr entfernt werden. Führer der Partei scheint Frederic Bourget zu werden. (W. T. B.)

diesem Ergebnis nennenswerte Kompromisse vorausgegangen sein werden. Die Nationalversammlung wird morgen zur letztgehenden Stunde zusammenzutreten. Das Reichspräsident Ebert hat den Sturz der Nationalversammlung abgelehnt.

Verhärzung der Strafen für Hochverrat.

Stuttgart, 16. März. Im Reichsministerium des Innern, das seine Geschäfte in Stuttgart aufgenommen hat, wird ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet, nach dem Hochverrat außer mit den jetzigen Strafen auch mit einer gänzlichen oder teilweisen Einschränkung des Vermögens zu bestrafen ist. Es ist in Aussicht genommen, das Gesetz mit rückwirkender Kraft ab 16. März auszuführen, weshalb schon heute diese Ankündigung erfolgt. (W. T. B.)

Die Regierung Kapp über die Lage.

(Trautmannsdorff'sche Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Unter dem geistigen Datum ist folgende amtliche Erklärung verbreitet worden: Die Lage ist gut. Die alte Regierung will die Aufforderung zum Generalkrieg widerrufen, da sie das Unrecht an den Reichs-Rück, eingesehen hat. Verhandlungen zwischen alter und neuer Regierung haben begonnen und sind in gutem Fortschritt. Die Bildung einer neuen Regierung auf breiterer demokratischer Basis ist in kürzester Zeit zu erwarten. Sie war bisher verzögert durch den Aufruf der alten Regierung zum Generalkrieg. Im Bereiche des Reichswehrrückgruppenkommandos 1 stehen alle Reichswehrrück- und Sicherheitsgruppen mit geringen sachlichen Ausnahmen auf Seiten der neuen Regierung. Aus dem Bereiche des Reichswehrrückgruppenkommandos 2 kommen zahlreiche Zustimmungserklärungen in Bayern in die alte Regierung zurückgetreten und durch eine neue Regierung auf breiter Basis ersetzt.

Berlin, 16. März. Der Presschef der gegenwärtigen Berliner Regierung, Reichsminister Groener, gab Vertretern der Presse gegenüber die offizielle Erklärung ab: Die Regierung hat keinerlei Bemerkungen, irgendein Wort zurückzunehmen von dem, was sie über die Verhandlungen mit der alten Regierung gesagt hat. Die Demokraten haben sich gegen die Verhandlungen ausgesprochen, und zwar soll die treibende Kraft der Gegenbewegung der ehemalige Reichsminister des Innern, Koch, sein, während General Maercker mit freudigster Zustimmung des früheren Ministers Roske und des Reichspräsidenten Ebert nach Berlin gereist ist.

Die Lage im Reich.

Berlin, 16. März. In Hamburg und Teilen von Mecklenburg, Thüringen und Westfalen haben Unruhen stattgefunden. In Berlin, Ost- und Norddeutschland ist General v. Püttwitsch mit seinen Truppen Herr der Lage. Kommunale Umwälzungen machen sich bemerkbar. In West- und Süddeutschland herrscht im allgemeinen Ruhe. Die dortigen Truppen sind vollkommen in der Hand ihrer Führer. Sie enthalten sich der politischen Stellungnahme und beschränken sich darauf, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Offpreußen für eine Koalitionsregierung.

Rönsberg, 16. März. Oberpräsident Wintz hat am Sonntag an beide Regierungen eine Dringliche folgenden Inhalts gerichtet: Am Deutschlands Untergang im Bürgerkrieg zu verhindern, ist die schleunige Bildung einer Koalitionsregierung unbedingt erforderlich. Offpreußen richtet hiermit die dringende Mahnung an beide Regierungen, unverzüglich miteinander in Verhandlungen zu treten und eine Regierung des nationalen Wiederbaues zu bilden. Im Falle eines sonst unabwehrbaren Bürgerkrieges wird Offpreußen auch ein Raub seiner feindlichen Nachbarn werden und der Anarchie verfallen. In dieser Schicksalsstunde müssen alle Parteigegebenheiten vor der Not des Vaterlandes zurücktreten. (W. T. B.)

Pommern für die neue Regierung.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.) Stettin, 16. März. Der Sturz der neuen Regierung in Pommern ist ein vollkommener. Alle Fernspreche- und Telegraphenverbindungen unterliegen der Kontrolle der neuen Regierung. Die Reichswehrformationen ganz Pommerns haben sich schon am Sonntag bedingungslos auf die Seite der neuen Regierung Kapp-Lüttich gestellt.

Die Haltung der Rechtsparteien.

Berlin, 16. März. Die Deutschnationale Volkspartei erklärt folgende Kundgebung: Die Ereignisse der letzten Woche haben die Leitenden und die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei in höchstem Maße empört. Kritik an den Taten der bisherigen Regierung zu üben, die Partei hat insbesondere betonen müssen, daß das Fortbestehen der verfassungsgewährenden Nationalversammlung der neuen Verfassung zu widerstreite und daß die Zusammenkunft der Nationalversammlung wie der bisherigen Regierung dem heulichen Willen des Volkes nicht mehr entspricht. Sie hat durch den Mund ihrer Führer gefordert, daß diese verfassungswidrigen Zustände auf verfassungsmäßige Weise ein Ende gemacht wird, und daß der Volkswille durch baldige Neuwahlen zur Geltung kommt. Diese Haltung der Deutschnationalen Volkspartei erklärt durch die Vorgänge vom 18. März 1930 keine Änderung. Die Partei nimmt nach den Erklärungen der neuen Regierung als selbstverständlich an, daß auch diese Regierung das Ziel hat, unverzüglich verfassungsmäßige Neuwahlen wiederherzustellen, da sie also innerhalb der in der Verfassung festgesetzten Frist von 90 Tagen auf Grund des Nationalparlamentarismusabrechens (Verordnung vom 20. November 1918) durch Neuwahlen dem Volk Gelegenheit geben wird, seinen Willen, bei dem die letzte Entscheidung über das Schicksal von Volk und Vaterland steht, zum Ausdruck zu bringen. Bis zu dieser Entscheidung ist die Deutschnationale Volkspartei bereit, seinen bisherigen Verhalten mitanzusehen, um in Zusammenarbeit aller Kräfte dem deutschen Volk Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationale Würde zu gewährleisten.

Die Deutsche Volkspartei gegen Kapp.

Die Geschäftsstelle des Landesvereins Sachsen der Deutschen Volkspartei sendet uns folgende Mitteilung: Unbesugte Verteilung in der Stadt Flugblätter mit der Überschrift 'Die Liberalen für die neue Reichsregierung'. Offenbar werden diese Flugblätter von einem Unternehmen vertrieben, das der Kappischen Regierung nahe steht. Natürlich sind auf diesen Flugblättern weder der Drucker noch der verantwortliche Schriftleiter benannt. Darin wird behauptet, daß die freiburger Deutsche Volkspartei (ehemalige Nationalliberale Partei) sich hinter die Kappische Regierung stellt. Diese Behauptung ist durchaus unrichtig. Es muß zu unmissigen Aufständen führen, wenn von gänzlich unversierter Seite derartige unzutreffende Erklärungen über die angelegte Haltung einer Partei verbreitet werden. Solches Unterfangen ist nicht als großer Unfug, es grenzt an politische Brunnenvergiftung. Die Haltung der Deutschen Volkspartei zur Regierung Kapp ist einwandfrei aus einer Erklärung hervorgeht, die der Geschäftsführer der Nationalliberalen Korrespondenz im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses vor der Berliner Pressekonferenz abgeben hat. Diese Erklärung beginnt mit den Worten: 'Es ist unrichtig, zu behaupten, die Deutsche Volkspartei stehe hinter der Regierung Kapp.'

Strafe in Deutschland selbst heute noch hat. Nun und immer wäre es zu der Berliner Bewegung gekommen, wenn nicht die Regierung Bauer für den Boden bereit wäre. Es mag parteipolitisch wirksam sein, von Putschisten zu sprechen, heilbar wäre es, wenn sich die Regierenden darüber klar würden, wie am schnellsten die völlige Ordnung wiederherzustellen und wie sie am besten zu sichern ist. Moralische Beurteilungen nehmen sich nicht besonders gut aus, wenn sie von Seiten kommen, die jahrelang zuvor das Recht auf Revolution gepredigt haben. Das haben wir feinerzeit bei den Spartakusmümpfen betont, das muß auch heute wieder ausgesprochen werden.

Das Volk will keine moralisierenden Erklärungen, es will praktische Politik, und sie zu machen, ohne abstrakten Anwandlungen katzengucken, hat die Regierung Bauer allen Anlaß. Denn wenn auch die Gegenaktion gegen Kapp zweifellos stark eingelebt hat, so dürfte man sich bei den Beratungen in Stuttgart doch darüber völlig im klaren befinden, daß auf die proklamirte Einigung der Reichsfraktionen, Unabhängigen und Kommunisten keine Häuser zu bauen, keine dauernde Politik zu gründen ist. Das beweist am deutlichsten die Geschichte der Generalstreikparole, die erst ausgegeben, dann zurückgenommen, schließlich aber unter dem Druck der Radikalen doch ausgeführt worden ist. Wenn es jetzt ein Ziel gibt, dann doch nur das: Die Produktion zu fördern und die Miswirtschaft zu bekämpfen. Gesetze haben wir vorerst genug, Kartoffeln wären viel wichtiger. Das sollten doch wohl alle Parteien einsehen und danach handeln. Was zum Aufbau des neuen Deutschland sonst noch zu leisten ist, bleibt dem neuen Reichstag überlassen. Je eher er erwählt wird, desto größer die Gewähr für die Wiederkehr verfassungsmäßiger Verhältnisse. Weik doch im heutigen Deutschland, wie einst im alten Rom, kein Mensch mehr redet, was rechts und links ist. Jeder, der in den letzten Tagen auf der Straße war und die Debatten sich mit angehört hat, wird das bestätigen können. Wie wäre es auch jetzt möglich gewesen, daß auf dem Postwege in Dresden zum den Besitz des Telegraphenamtes gelangt werden müßte? Wo war denn der Feind, gegen den es zu verteidigen war? Ueberall und nirgends. Wiederum hat es sich eben gezeigt: es gibt kein Verwirren, wenn aus einem leeren Magen die Gedanken in schwache Gebirge steigen. Darum laßt man für Brot, laßt dem Volk keine verfassungsmäßigen Rechte und halte auf Ordnung. Das ist das einzige Programm, das eine deutsche Regierung heute überhaupt haben kann. Alles andere ist höchst unzeitgemäß.

Kapp und die Entente.

Kaiserham, 16. März. Das deutsche Bureau meldet aus London, daß Lord George im Unterhaus erklärte, die alliierten Regierungen würden jede Bewegung, die die Monarchisten oder eine Militärreaktion in Deutschland vertritt, mit Befugnis verfolgen. Es würde jedoch gut sein, die Ereignisse abzuwarten, bevor man irgendwelche Maßnahmen ergreift. Die Lage werde sehr sorgfältig beobachtet. Lord George verlas hierauf folgendes Telegramm an Lord Ritzmann: Die letzten Nachrichten besagen, daß die militärische Bewegung sehr am sich greife. Auch in München ist ein Militärputsch geplant. Frankreich ist geteilter Meinung. Die militärischen und zivilen Behörden unterstützen die neue Kam, die alte Regierung. In Breslau, Hamburg, Kiel und Chemnitz finden Kämpfe statt, deren Ausgang nicht feilscht. In 30 Städten hat das Militär Handreichung ausgeführt. Die Stellung der neuen Regierung scheint verflärt zu sein.

Der französische Vertreter in Stuttgart.

Stuttgart, 16. März. Wie gemeldet wird, ist der zur Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen bestimmte Geschäftsträger der französischen Regierung, Herr Bruner, in Stuttgart eingetroffen. Er hat sofort beim Minister des Auswärtigen Müller seinen Amtseid abgelegt. Müller hat dem Geschäftsträger einen ausführlichen Situationsbericht und führte dabei u. a. aus, daß der Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris in hundert Verbindungen mit ihm stehe und die Geschäfte der ordnungsmäßigen Regierung führe. Da die Berliner Staatsräuber die Weisung verbreiten, daß sie Verhältnisse zu den alliierten Regierungen hätten, sei ausdrücklich festzustellen, daß die alliierten Regierungen weder Kapp und Groener anerkannt haben, noch daran denken, mit ihm in diplomatische Beziehungen zu treten. (W. T. B.)

Unruhen im Reich.

Berlin, 16. März. In Bochum, Osnabrück, Paderborn bei Hannover und Münster ist es zu großen Unruhen gekommen, und aus dem Ruhrgebiet kommen Meldungen, daß die Bergarbeiter bewaffnet sind. Sehr gefährlichen Charakter nahmen die Kämpfe in Siegen an. Dort gestaketen sie sich zu einer regelrechten Straßenkämpfe, in denen die Verhafteten und Mordopferablösungen. Zahlreiche Tote blieben liegen.

Brandenburg, 16. März.

Der Generalstreik wurde getrennt von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften durchgeführt. Am Nachmittag rückte das Detachement der Reichswehr Potsdam von mehreren Seiten in die Stadt ein mit Infanterie, Maschinengewehren und Artillerie, säuberte die Straßen und besetzte die Stadt. Der Arbeiterunruhenstand ist verflärt worden. (W. T. B.)

Mordbarn, 16. März.

Die Enten-Kaserne ist von der Einwohnerwehr besetzt worden. Die dort befindlichen Kompanien der Selbstwilligen wurden entwaffnet. Zum Stadtkommandanten von Mordbarn ist Oberst Haupt ernannt worden. Der bisherige Kommandant Generalmajor Grodek ist zurückgetreten. (W. T. B.)

Deßau, 16. März.

Gute ne mittag fern es hier zu Zusammenstößen zwischen der Reichswehr und der Menge, die die konstitutionale Anbahnung der Kundgebung wollte. Rüst Personen wurden getötet. Der Präsident des anhaltischen Staatsrates Deich ist vom Reichswehr-General Grodek mit einem Revolver in der rechten Hand und Pistole in der linken Hand in Anhalt und zum selbstverleibenden Anführer dieser Gewalten für die Provinz Sachsen ernannt worden. Deich besah sich abends zum Kommandeur des Schützenregiments 8. Obersten Post, um von diesem eine gültige Erklärung über die Haltung der Truppen zu fordern. Der Oberst hatte bereits nachmittags erklärt, daß er auf Seiten der Regierung Kapp stehe. (W. T. B.)

Essen, 16. März.

Hier wurden heute zahlreiche Versammlungen abgehalten. Es kam zu Unruhen. Einige Plünderer wurden erschossen. Bei Krupp wird teilweise wieder gearbeitet.

Oagen, 16. März.

Als am Montag 100 Mann gegenrevolutionärer Truppen des Hauptmanns Visking den Bahnhof von Weiter passierten, wurden sie dort festgehalten und umzingelt. Die Arbeiterchaft von Weiter hat dringend um Verstärkungen, da die Reuterer mit Wimperlern große Verderungen anrichteten. Die Arbeiter haben bis jetzt 5 Tote und eine Anzahl Verwundete. Die Verluste auf der Gegenseite sind unbekannt. (W. T. B.)

Garbuz a. d. Elbe, 16. März.

Hier ist es zu schweren Unruhen und Zusammenstößen mit ehemaligen Kämpfern gekommen. Die Verluste werden auf mindestens 18 Tote und viele Verwundete angegeben.

Weitere Nachrichten aus dem Reich.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.) Stuttgart, 16. März. Der von den vereinigten Gewerkschaften beschlossene weitläufige Generalkrieg hat heute morgen begonnen. Der Aktionsausschuss des radikalen Komitees hat sich dort auch gegen die Regierung Ebert-Roske ausgesprochen.